



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 22. März 1909

(Österreich-Ungarn und Serbien. Englische und deutsche Flottenangelegenheiten. Militärdebatte im Reichstag. Die Reichsfinanzreform.)

Der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nähert sich immer mehr der letzten Entscheidung über Krieg und Frieden. Feste Anhaltspunkte, wie diese Entscheidung fallen wird, lassen sich in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht gewinnen. Tatsächlich haben die Serben noch nicht das geringste davon merken lassen, daß sie ein Nachgeben in den Bereich der Möglichkeit ziehn. Man hat deshalb vorläufig keine Unterlage für die Annahme, daß sie doch zuletzt nachgeben werden. Tun sie das aber nicht, so muß der militärische Konflikt mit Österreich-Ungarn in wenigen Tagen ausbrechen. Andererseits scheint uns das Verhalten Serbiens so sehr jeder vernünftigen Berechnung zuwiderzulaufen, daß man immer wieder versucht ist, nach besondern Gründen für die herausfordernde Haltung des kleinen Staats gegenüber einer benachbarten Großmacht und für diese an selbstmörderischen Wahn grenzende Politik zu forschen. Diese Gründe kann man aber nur in dem festen Glauben der Serben finden, daß die Großmächte die Niederwerfung Serbiens und die endgiltige Anerkennung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik nicht gleichgiltig mit ansehen könnten. Besonders rechnet man hierbei auf die Hilfe Rußlands und läßt es sich nicht ausreden, daß diese slawische Vormacht doch im entscheidenden Augenblick noch Mittel und Wege finden werde, den südslawischen Brüdern zu Hilfe zu kommen. Da es nun aber nicht ausgeschlossen ist, daß diese Hoffnungen der Serben am letzten Ende von den Großmächten gründlich zerstört werden, so kann man auch wieder trotz der sehr geringen Wahrscheinlichkeit, die noch für die Erhaltung des Friedens besteht, nicht mit Bestimmtheit sagen, daß diese Wendung der Dinge unmöglich ist.

Wenn man sich hiernach mit dem Gedanken vertraut machen muß, daß die Kanonen das letzte Wort zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sprechen, so läßt sich doch an der Hoffnung festhalten, daß ein großer europäischer Krieg vermieden werden wird. Ob das möglich sein wird, hängt von Rußland ab. Denn wenn diese Macht wirklich keinen Zweifel darüber läßt, daß sie sich nicht in einen Krieg für die serbischen Ansprüche treiben lassen will, so fallen auch für die andern europäischen Mächte alle Gründe hinweg, in den Konflikt mit irgendwelchen Gewaltmitteln einzugreifen. Noch ist freilich auch eine Entwicklung denkbar, die Rußland veranlassen könnte, mit aktiver militärischer Hilfe für Serbien einzutreten. Für diesen Fall wäre für Deutschland die Verpflichtung gegeben, dem verbündeten Österreich-Ungarn zu Hilfe zu kommen, und daß die deutsche Regierung bei solcher Wendung der Dinge den Bündnisfall in der Tat als gegeben ansieht, darüber hat sie in diplomatischen Aussprachen an geeigneter Stelle nicht den geringsten Zweifel gelassen. Erfreulicherweise findet diese Auffassung auch in den weitesten Kreisen des deutschen Volks und in der Presse aller bürgerlichen Parteirichtungen lebhaften Anklang und entschiedne Zustimmung. Nur vereinzelt sind die Stimmen, die von der Meinung ausgehn, Deutschland verfolge diese Politik nur in Erfüllung der Verpflichtung des formellen Festhaltens an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn. Sie meinen weiter, Deutschland verstricke sich damit in eine Politik, die keineswegs einwandfrei und vor allem nur eine Politik österreichischer Interessen sei. Diese Meinung tritt, wie gesagt, in der Presse nur vereinzelt auf, wobei es freilich Erstaunen erregen muß, daß es gerade Blätter sind, die am entschiedensten die Bismarckschen Traditionen, wie sie sie verstehen, zu vertreten bemüht sind, und die der

Regierung immer die schärfsten Vorwürfe und eine geradezu erbitterte Opposition gemacht haben, wenn sie nach ihrer Meinung das von Bismarck errungene Prestige des Deutschen Reichs nicht entschieden und weitsichtig genug wahrte und damit den Schein des ängstlichen Zurückweichens, des Zickzackkurzes und der Friedenssehnsucht um jeden Preis auf sich lud. Wir wollen diesem eigentümlichen Umstande nicht näher nachgehn, sondern nur den sachlichen Irrtum hervorheben, der in der Auffassung liegt, die gegenwärtige Haltung der deutschen Politik diene nur österreichischen Interessen. Man braucht nur einmal ernstlich die Gegenprobe auf das Exempel zu machen und sich zu vergegenwärtigen, wie die europäische Lage aussehen würde, wenn Deutschland nicht mit entschiedener Klarheit und Festigkeit an die Seite Österreich-Ungarns getreten wäre. Man hat sich lange Zeit grundlos über die „Einkreisung“ Deutschlands aufgeregt. Wenn Deutschland jetzt die kapitale Dummheit gemacht hätte, Österreich-Ungarn im Stich zu lassen, dann würde man die Einkreisung und Isolierung Deutschlands allerdings von einer Seite kennen gelernt haben, bei der den Freunden solcher Politik wohl die Berufung auf Bismarck im Halse stecken geblieben wäre. Es bedarf eigentlich kaum der Auseinandersetzung, daß die Politik der Bündnistreue in diesem Falle zugleich ganz und gar die Politik der deutschen Interessen in jeder Beziehung ist.

Wie steht nun eigentlich Rußland zu Serbien? Bestärkt es den kleinen Staat wirklich in seiner Starrköpfigkeit, oder fühlt es sich nur ohnmächtig, die Illusionen der Serben endgiltig zu zerstören? Im allgemeinen wünscht man in Rußland, den Frieden erhalten zu sehen. Der Kaiser persönlich, die Minister, die hohe Beamtenschaft, die einflußreichen Führer der Duma, die Mehrheit der erwerbstätigen Stände, sogar die ausschlaggebenden Kreise der Armee sind für den Frieden. Auch die panslawistischen Organisationen, die doch das stärkste Interesse daran haben, die Solidarität aller Slawen womöglich unter Rußlands Führung durch die Tat zu beweisen, halten den Augenblick zum Losschlagen noch nicht für gekommen. Es bestehen natürlich auch kleine, der Sachlage entsprechend, sehr laute Kreise von Schreibern, die unter unverantwortlichen Politikern, Literaten und jungen Offizieren ihren Rückhalt finden, und die vor allem in der Presse das große Wort führen. Das verbreitetste Blatt Rußlands, die Nowoje Wremja, unterhält ebenfalls diese Stimmung der Feindschaft gegen Österreich-Ungarn und Deutschland und spielt, das nationale Selbstgefühl der Russen fortwährend anstachelnd, mit dem Gedanken einer kriegerischen Entscheidung. Das ist nicht ganz gleichgiltig und ungefährlich, weil bei den Eigentümlichkeiten der russischen Zustände und dem Charakter des russischen Volks eine Va-banque-Politik nicht so sehr außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit liegt wie bei andern europäischen Großstaaten. Aber vorläufig sind die Gegengewichte, die in der Macht der Tatsachen und in der Meinung der verantwortlichen und ausschlaggebenden Persönlichkeiten liegen, noch stark genug. Sie würden noch stärker sein und längst die Erhaltung des Friedens verbürgt haben, wenn nicht die persönliche Politik Iswolskis tatsächlich im andern Sinne wirkte. Man kann zwar überzeugt sein, daß auch Herr Iswolski persönlich den Frieden will, aber er hat der Hoffnung gelebt, daß sich aus dem ganzen Verlauf der Orientwirren ein großer diplomatischer Vorteil für Rußland ergeben werde, eine Verstärkung des russischen Einflusses im nahen Orient, die zugleich einen großen Erfolg der Triple-Entente gegenüber dem Dreibund und damit eine Verschiebung der europäischen und der weltpolitischen Lage zugunsten Rußlands in sich schließen sollte. Darauf hatte Iswolski seine ganze Taktik eingestellt, und gerade dieser Plan mißglückte. Nun ist es so überaus schwer, aus dieser Sackgasse herauszukommen, ohne nicht nur das russische Prestige bei den Südslawen preiszugeben,

sondern auch vor ganz Europa entweder einen Rückzug anzutreten oder als illoyal zu erscheinen. Darin darf man wohl den Schlüssel zu der politischen Haltung Rußlands sehen. Man hat darin ein bewußt zweideutiges Spiel gesehen. Es will uns aber scheinen, als ob darin mehr Verlegenheit als bewußte Zweideutigkeit sei. Die Sache bekommt nur ein andres Ansehen durch die serbische Politik, die bei aller leidenschaftlichen Verblendung doch immer noch genug echt slawische Verschlagenheit zeigt, die eigentümliche Lage Rußlands für sich auszunutzen. Serbien ist es, das dafür sorgt, daß Iswolskis Schachzüge, durch die er die Bemühungen um einen friedlichen Ausweg so weit maskieren will, daß sie nicht als Rückzug vor Österreich-Ungarn erscheinen, immer wieder als versteckte Ermittlungen der serbischen Halsstarrigkeit erscheinen. Wenn es Serbien glückt, die Meinung zu erhalten, daß Rußland insgeheim noch immer die serbischen Wünsche unterstützt und zuletzt auch einem tatkräftigen Eintreten für Serbien nicht mehr aus dem Wege gehn kann, ohne als slawische Vormacht geradezu abzudanken und sich vor Europa zu blamieren, so fällt für die serbischen Politiker nach ihrer Erwartung auch die weitere Frucht ab, daß die beiden andern Mächte der Triple-Entente die Verpflichtung fühlen, die Blamage der russischen Politik im Interesse dieser ganzen europäischen Mächtegruppe zu verhindern und ebenfalls nicht zu gestatten, daß Serbien vor dem von Deutschland unterstützten Österreich-Ungarn einfach zu Kreuze kriecht.

Dieser Taktik entsprechend hat die serbische Regierung keinen Augenblick unterlassen, der ganzen Welt zu unterbreiten, daß es sich bei allen seinen Schritten vertrauensvoll den Rat Rußlands erbittet. Die Antwort auf die in Belgrad erhobnen Vorstellungen der Mächte sollte sogar in Petersburg redigiert sein, obwohl die russische Regierung das entschieden ableugnet; sie sei allerdings zu Rate gezogen worden, aber gerade die letzte Redaktion rühre nicht von ihr her. Zu gleicher Zeit wurde die serbische Sondernote an Rußland bekannt, worin ostentativ das Vertrauen in die Ratschläge Rußlands und seine vermittelnde Rolle ausgesprochen wurde. Dadurch war die Stimmung vorbereitet für die zweideutige und unbedingende Antwort, die Serbien auf die vom Grafen Forgatsch überreichte österreichische Note erteilte. Der Eindruck konnte nur sein: Serbien weiß Rußland hinter sich, daher stürzt es sich blindlings in kriegerische Abenteuer. Und als nun von Petersburg eine neue Note nach Wien kam, die den von Rußland stets festgehaltenen Vorschlag der Einberufung einer Konferenz noch einmal betonte, und die in der Sache zwar den alten Standpunkt festzuhalten schien, aber in der Form eine Schwenkung und ein Einlenken andeutete, sorgte ein neues Aufflammen der Kriegsstimmung in Belgrad dafür, daß der vorhin bezeichnete Eindruck verstärkt wurde, und daß der letzte diplomatische Schritt Rußlands nach außen hin nicht als eine Einleitung der Verständigung, sondern als eine neue Ermütigung Serbiens erschien.

Und doch steckt in der serbischen Politik ein großer Rechenfehler. Denn Frankreich und England haben beide ein großes Interesse an der Erhaltung des Friedens nicht nur in Europa, sondern auch im Orient und wissen, daß Rußland tatsächlich nicht Krieg führen will. Gerade weil sie der befreundeten osteuropäischen Macht einen Rückzug ersparen wollen, werden sie darauf hingedrängt, alles zu tun, Serbien zur Vernunft zu bringen, natürlich auf möglichst schonende Weise, um Rußlands Balkaninteressen nicht schroff zu verletzen. Wenn in der englischen und französischen Presse gegen Österreich und Deutschland Lärm geschlagen wird, so darf man sich dadurch nicht irreführen lassen. Dieser Preßlärm, der ja nichts kostet, soll verhüten, daß die Orientpolitik der Westmächte etwa als ein Abrücken von Rußland aufgefaßt wird, was ja sowohl Frankreich als auch England sehr

unangenehm wäre. In Wahrheit braucht England nur bei dem Programm zu bleiben, das es von Anfang an aufgestellt hat, nämlich Einberufung einer Konferenz, aber genaue Abgrenzung der Fragen, die dabei behandelt werden sollen. Man erinnere sich, daß die britische Regierung seinerzeit die weitergehenden Pläne Tswolzkis zurückgewiesen hat. Frankreich hat ein so starkes Interesse daran, die Orientfrage friedlich zu regeln und vor allem ein kriegerisches Eingreifen Rußlands unnötig zu machen, daß es sich zu diesem Zwecke bekanntlich sogar Deutschland genähert hat, also keineswegs geneigt ist, Serbiens Haltung zu ermutigen.

Es war bisher immer die Freude der Dreibundgegner und Serbenfreunde, daß Italien anscheinend in seiner ganzen Stellung unter dem Druck der Westmächte stand. Die tatsächliche Annäherung Frankreichs und Deutschlands hätte den schadenfrohen Beobachtern schon ein Wink sein können, sich die Lage in dieser Beziehung etwas genauer anzusehen. Wenn sich Italien vielfach genötigt geglaubt hat, zwischen seinen Dreibundpflichten und seinem Verhältnis zu den Westmächten als Beherrschern des Mittelmeeres eine schwankende Stellung einzunehmen, so fällt jetzt jeder Grund dazu weg. Im Gegenteil, jetzt ist die Gelegenheit zur freundschaftlichen Unterstützung Österreich-Ungarns gegeben wie noch nie, weil jetzt nicht einmal die Entschuldigung gelten kann, daß die starke Betonung der Dreibundsfreundschaft in Italien leicht dazu führen könnte, die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich zu erhöhen. In der Tat hat der italienische Minister Tittoni mit Geschick den Augenblick erfaßt, die Initiative in einer neuen Vermittlungssaktion in die Hand zu nehmen. Der Grundgedanke ist einfach und geschickt formuliert: Aufnahme des Konferenzprojekts im Sinne der Triple-Entente, aber Begrenzung des Programms der Konferenz in dem Sinne, daß sich auch Österreich-Ungarn, ohne zurückzuweichen, daran beteiligen kann. Das Vorgehen Tittonis hat in Wien und Berlin außerordentlich sympathisch berührt; vielleicht bringt es doch noch die Lösung der Krisis.

In England haben kürzlich die Parlamentsverhandlungen über den Ausbau der Flotte wieder die Nervosität wegen einer angeblichen Bedrohung durch Deutschland merkwürdig hervortreten lassen. Die liberale Regierung befindet sich freilich in der eigenartigen Lage, mit ihren Flottenplänen Forderungen zu vertreten, die zwar in sachverständigen und realpolitisch denkenden Kreisen aller Parteirichtungen als eine selbstverständliche Konsequenz der Weltlage erscheinen müßten, für die aber gerade in der großen Masse der liberalen Parteigänger nicht ohne weiteres Verständnis zu finden ist. Man denkt in diesen Kreisen über die Grundlagen überseeischer Machtstellung und die Mittel zu ihrer Erhaltung außerordentlich naiv, und die liberalen Parteioorganisationen sind namentlich in ihren radikalern Schattierungen stark von pazifistischen Strömungen durchsetzt. Diese begreifen ungern, warum die liberalen Minister mit denselben Forderungen auf Steigerung der maritimen Wehrkraft kommen wie ihre konservativen Vorgänger. Daher das Bestreben der Führer und der weitsichtigeren Politiker, die öffentliche Meinung ihres Parteilagers aufzurütteln durch die Vorstellung einer Gefahr, die in den populären Vorstellungen leicht Aufnahme findet. Und so trugen der Premierminister Asquith und sein Kollege, der erste Lord der Admiralität, kein Bedenken, als Veranlassung des neuen Flottenbauplans die Fortschritte der deutschen Flotte hinzustellen. Es wurde herausgerechnet, daß die deutsche Flotte im Jahre 1912 mehr „Dreadnoughts“ zur Verfügung haben werde als die englische. Diese Berechnung hat in England eine wahre Panik erzeugt, wobei übrigens anerkannt werden muß, daß keine Feindseligkeit gegen Deutschland zum Ausdruck kam; man machte nur die britische Regierung dafür verantwortlich, daß sie der deutschen Energie gegenüber nicht besser auf den Schutz des Landes bedacht gewesen sei.

In denselben Tagen wurde bei uns der Marineetat in der Budgetkommission beraten. Admiral v. Tirpitz konnte natürlich an den Verhandlungen des englischen Unterhauses nicht stillschweigend vorübergehn. Er hatte es jedoch leicht, die englische Berechnung richtigzustellen. Er brauchte nur darauf hinzuweisen, daß das deutsche Flottengesetz ja vor aller Welt genau bestimmt, welche Schiffe und in welchem Zeitraum sie gebaut werden sollen. Mit Recht konnte er Erstaunen äußern, daß vollkommen falsche Vorstellungen über den Umfang der deutschen Flotte im Auslande öffentlich und amtlich verbreitet werden können. Im übrigen aber ist es Sache jedes Staates, seine Seestreitkräfte nach eignem Bedürfnis zu bestimmen, und wir werden auch ferner unsern Weg gehen ohne Feindseligkeit und Drohung gegen England, aber auch ohne uns einschüchtern zu lassen.

Das Plenum des Reichstags ist jetzt beim Militäretat angelangt. Die Debatten gestalteten sich diesmal sehr lebhaft, und mehrfach hat der Kriegsminister General v. Einem das Wort ergriffen, um die Heeresverwaltung gegen die übliche Kritik zu verteidigen. Diese Kritik bringt im allgemeinen nicht viel Neues vor; es sind im wesentlichen immer dieselben Klagen, die meist darauf beruhen, daß die Beurteiler von einem grundsätzlich ganz verschiednen Standpunkt ausgehen, auf den sich die Militärverwaltung nicht stellen kann. Der Wunsch der Linksliberalen geht auf eine größere Demokratisierung der Heereseinrichtungen, und diesen Bestrebungen schließt sich auch ein großer Teil des Zentrums an, das jetzt glücklich ist, in der Person eines ehemaligen bayerischen Generals, des Abgeordneten Häusler, einen fachmännischen Wortführer gefunden zu haben. Nun ist ja durchaus nicht zu verwundern, daß es auch im Offizierkorps selbst — und zwar gerade unter Persönlichkeiten von großer Intelligenz — Leute gibt, die abweichend von den „offiziellen“ Ansichten ihre eignen Wege gehn. Gewöhnlich handelt es sich da aber doch in der Regel um irgendeine einseitig entwickelte und auf gewisse Lieblingsgedanken gerichtete geistige Eigenheit, die mehr durch zufällige persönliche Erfahrungen als durch streng geschultes Nachdenken über die Bedürfnisse des großen Ganzen genährt worden ist. So kann es denn auch vorkommen, daß ein Mann, der es zu hohen Stellungen in der Armee gebracht hat und wahrscheinlich in Pflichttreue und Intelligenz hinter niemand seinesgleichen zurückgeblieben ist, doch zu so abstrusen und unter Fachmännern vereinzelt dastehenden Ansichten gelangt, wie sie der Abgeordnete Häusler über Wert und Ausbildung der Kavallerie entwickelt hat.

Gewöhnlich wirken besondere Vorkommnisse darauf ein, daß bestimmte Fragen in der Militärdebatte in den Vordergrund gerückt werden. Eine solche Frage war diesmal die der geheimen Qualifikationsberichte, in denen die persönliche Befähigung der Offiziere und ihre Eignung zur Beförderung und besondern Verwendung von den verantwortlichen Vorgesetzten beurteilt werden. Ein derartiges Urteil kann nicht auf exakten, mit juristischer Schärfe oder mathematischer Sicherheit zu bestimmenden Unterlagen aufgebaut werden, sondern es muß, wie man die Sache auch anfassen mag, von Menschen nach subjektiven Beobachtungen gefällt werden. Daraus folgt für jeden verständigen Menschen ganz von selbst, daß bei der Beurteilung der Offiziere Irrtümer und auch Ungerechtigkeiten vorkommen können, nicht bewußte Ungerechtigkeiten, wohl aber solche, die aus der Unvollkommenheit menschlichen Beobachtens und Urteilens selbst bei strengster Gewissenhaftigkeit entspringen. Solche Irrtümer sind nicht wegzuschaffen, man mag das System einrichten, wie man will. In Frankreich suchte man dem Übelstande vorzubeugen, indem man die entscheidende Feststellung der Qualifikationen Kommissionen übertrug. Sehr schön! aber worauf fußten die Mitglieder der Kommissionen? Ebenfalls auf subjektiven Urteilen und Beobachtungen von Vorgesetzten! Und wenn diese nun falsch waren?

Weder bei der auf höchst unsicherer Grundlage ruhenden Abstimmung der Kommissionsmitglieder noch bei den das Material hierzu liefernden Urteilen der Vorgesetzten kam ein sehr wichtiges Moment zu seinem Recht, nämlich die Verantwortung, die ein Ehrenmann auf sich ruhen fühlt, wenn er durch sein persönliches Urteil das Schicksal eines Untergebenen in der Hand hat. Übrigens weiß bei uns jeder Vorgesetzte, der Qualifikationsberichte zu schreiben hat — und das sind bei uns außer der verhältnismäßig geringen Zahl von Kommandeuren selbständiger Bataillone nur die Befehlshaber vom Regimentskommandeur aufwärts —, daß er mit diesen Berichten seinen eignen Vorgesetzten wieder eine Unterlage liefert, wonach sie ihn selbst beurteilen. Wer in diesen Sachen Bescheid weiß, wird Beispiele anführen können, daß sich höhere Offiziere durch unzutreffende oder unzureichende Berichtserstattung über die ihnen unterstellten Offiziere selbst das Grab gegraben haben. Nun wird plötzlich behauptet, alle Übelstände, die wirklich oder vermeintlich bei der persönlichen Beurteilung der Offiziere gelegentlich eintreten, seien darauf zurückzuführen, daß die Berichte geheim sind. Man kann getrost behaupten: wären sie öffentlich, so würden die Übelstände dieselben sein, nur würde man dann auf die demütigende und beleidigende Rücksichtslosigkeit hinweisen, die darin liegt, daß ein Offizier bis zum General hinauf wie ein Schulknabe beständig zu hören bekommt, wie man über seine Persönlichkeit denkt. Abgesehen davon würden unmögliche Zustände eintreten, da jedes ungünstige Urteil in den Augen des davon betroffenen auch als ungerecht gelten würde. Es genügt in Wahrheit, daß ein Offizier erfährt, wenn gegen seine Befähigung und seine Leistungen etwas so gravierendes vorliegt, daß seine Laufbahn gefährdet erscheint, und das wird kein Vorgesetzter seinen Untergebenen vorenthalten. Der Kriegsminister wies mit Recht darauf hin, daß öffentliche Qualifikationsberichte die Vorgesetzten nur dazu zwingen würden, inoffiziell besondere Erkundigungen über die Offiziere einzuziehen.

Wieder wurde auch der altbekannte Sturm auf den Kommandogewalt und die Stellung des Militärkabinetts unternommen. Herr v. Einem konnte demgegenüber betonen, daß er die Verfassung hinter sich habe. Ohne Änderung der Verfassung würden die Wünsche der Opposition in Wahrheit nicht zu verwirklichen sein. Weiter richtete sich die Kritik gegen die Ehrengerichte und dann gegen die angebliche Bevorzugung des Adels in der Armee. Ganz wird man es den Parteien, die sich als besondere Vertreter des Bürgertums fühlen, nicht verdenken können, daß sie auf diesen Punkt ein scharfes Augenmerk haben. In Preußen besteht der Kern der alten Militärfamilien, deren Söhne schon durch Vererbung und Überlieferung die natürlichen Träger militärischer Traditionen sind, noch immer aus den Adelsfamilien, und die Versuchung der Regimente, die großen Zulauf haben, die Angehörigen dieser Familien bei der Annahme von Offiziersaspiranten zu bevorzugen, ist sehr groß. Die Zahl der bürgerlichen alten Militärfamilien schmilzt schon deshalb immer etwas zusammen, weil bürgerlichen Offizieren, sobald sie in höhere Stellen gelangen, in der Regel der Adel verliehen wird. Bei den heutigen sozialen Verhältnissen des gebildeten Bürgertums ist aber eine Scheidung von Adel und Bürgertum und eine Fernhaltung neuer bürgerlicher Elemente aus dem Offizierkorps nicht zu rechtfertigen. Das hat auch der Kriegsminister offen zugegeben. Nur schießt die freisinnige Kritik über das Ziel hinaus, wenn sie eine Statistik aufmacht, wie viele Adlige und Bürgerliche in hohen Stellen und im Generalstab sind. Gesezt, die verantwortlichen Stellen stellten sich wirklich auf den Standpunkt des Freisinn, so würde folgendes geschehen müssen: Nachdem die Qualifikation der zur Versetzung in den Generalstab bestimmten Offiziere festgestellt worden ist, macht der Chef des Generalstabes die Entdeckung, daß darunter ebenso

viele adlige wie bürgerliche Offiziere sind. Nach der Statistik gibt es aber in der Armee im ganzen ungefähr doppelt so viel bürgerliche wie adlige Offiziere. Damit die Sache nun nach den Ansichten des Abgeordneten Müller-Meinigen stimme, muß er einige der gut qualifizierten adligen Offiziere zurückstellen und einige weniger gut qualifizierte bürgerliche an ihre Stelle setzen. Das geht natürlich nicht.

In Sachen der Reichsfinanzreform rücken die Arbeiten der Kommission nur langsam vorwärts. Über die Brausteuer hat man sich geeinigt, auch bei der Tabaksteuer lichtet sich der Horizont etwas. Blatt abgelehnt wurden die Inzeratensteuer und die Gas- und Elektrizitätssteuer. Im Lande aber wächst die Teilnahme an dem Zustandekommen der Reform, und die Erklärungen zugunsten der Nachlasssteuer häufen sich. Hoffentlich geht es nun besser vorwärts!

Julius Wolf über die Finanzreform. In einem „den Manen Miquels“ gewidmeten Buche: „Die Reichsfinanzreform und ihr Zusammenhang mit Deutschlands Volks- und Weltwirtschaft“ (Leipzig, C. L. Hirschfeld) hat Professor Julius Wolf die brennendste Frage des Tages mit erschöpfender Gründlichkeit behandelt. Er weckt den Patriotismus mit dem bekannten Gedankengange: der jährliche Bevölkerungszuwachs Deutschlands kann nicht in der Landwirtschaft, sondern nur in der Industrie untergebracht werden, und dieses nur dann, wenn sich unser Export ausdehnt. Damit erregen wir den Konkurrenzneid der andern Staaten, namentlich Englands, und daraus entspringt die Notwendigkeit stetig wachsender Rüstungen und der Ausgaben dafür. Zudem unsre Reichseinnahmen hinter diesen notwendigen Ausgaben alljährlich um durchschnittlich 5 Prozent zurückblieben, sind wir in die gegenwärtige Kalamität geraten. Der Weg der Abhilfe war dadurch vorgezeichnet, daß von den indirekten Steuern die auf Gegenstände des Massenluxus, von den direkten die Erbschaftssteuer ungenügend entwickelt waren. (In besondern Abhandlungen wird als wesentlicher Unterschied der indirekten von den direkten Steuern nachgewiesen, daß jene von der Masse, diese von der wohlhabenden Minderheit erhoben werden, und außerdem gezeigt, daß Branntwein, Bier und Tabak wirklich ein Luxus sind, daß ihr Verbrauch ohne Schädigung des Volkes und der Nationalwirtschaft eingeschränkt werden kann, daß dagegen hohe Getreide- und Fleischzölle eine sehr bedeutende Belastung der unvermögenden Bevölkerung bedeuten, endlich, daß die Opposition der Konservativen gegen die vorgeschlagene Nachlasssteuer zwar aus achtungswerten Gefühlen entspringt, die Befürchtungen wegen der vermeintlichen schlimmen Wirkungen dieser Steuer jedoch auf Irrtum beruhen.) Diesen Weg hat nun, nachdem mancherlei andres teils publizistisch erörtert teils tatsächlich probiert worden war, jetzt Sydow beschritten. Die eingehende Prüfung seiner Vorlage ergibt das zusammenfassende Urteil: „In Summa ist diese Reichsfinanz- und insbesondere die Reichssteuerreform ein großes, gründlich vorbereitetes, wohl durchdachtes, modern entworfenes, Billigkeit gegenüber den verschiedenen Ständen und Gruppen suchendes, des großen Deutschen Reichs durchaus würdiges Werk.“ Siegt über Sydow der Reichstag, das heißt ein Kompromiß der in diesem vertretenen Interessengruppen und Parteidoktrinen, so wird das zwar ein Fortschritt sein, und es wird auch nicht einer künftigen Reform der Weg verlegt, wie das vor siebenundzwanzig Jahren durch die Verwerfung des Tabakmonopols geschehen ist, des besten aller Monopole, das mit einem Schlage allen Nöten abgeholfen haben würde. Aber ganze Arbeit wäre damit nicht geleistet; es würde eine siebente, achte, neunte Reformrate notwendig werden, „da nun einmal die ratenweise Erledigung der nationalen Pflicht beliebt wird“. Fällt die Nachlasssteuer, so schlägt Wolf statt ihrer eine Gesellschafts- oder Dividendensteuer vor, nicht etwa aus Feindschaft gegen das mobile Kapital,

vielmehr werde eine solche Steuer zur Gesundung der Aktiengesellschaften beitragen. Und sollten die durchaus zweckmäßigen Vänderole abgelehnt werden, so würde Wolf der nur geringen Ertrag versprechenden Erhöhung des Rohabakzolls und der Rohabaksteuer eine Besteuerung des Zwischenhandels, namentlich eine nach der Höhe der Ladenmiete abgestufte Besteuerung der Luxusläden vorziehen. Auch solche Leser, die nicht mit allen Ansichten Wolfs einverstanden sind, werden ihm dankbar sein für die mit reichlichem statistischem und Tatsachenmaterial ausgestatteten Begründungen seiner Thesen, die eine vollständige und klare Einsicht in den Gegenstand vermitteln (oder vielmehr in die vielen für die Hauptfrage in Betracht kommenden Gegenstände, wie den sozialen Charakter der deutschen Besteuerungsweise, die Verwendung der Reichs- und Staatseinnahmen, Vergleichung Deutschlands mit andern Staaten in beiden Beziehungen, die Verflechtung der Reichsfinanzen mit den Finanzen der Einzelstaaten und der Kommunen, das Reichs- und Staatsschuldenwesen). Dieser in das hier Dargebotne einzugehn, halte ich darum für überflüssig, weil alle, denen die große Angelegenheit am Herzen liegt, ohne Zweifel das Buch selbst zu Rate ziehn werden.

C. J.

Die Weltwirtschaft. Von dem „Jahr- und Lesebuche“, das Dr. Ernst von Halle unter dem obigen Titel (bei B. G. Teubner in Leipzig) herausgibt, ist der internationale Übersichten enthaltende erste Teil des dritten Jahrgangs erschienen. Sechzehn Fachautoritäten behandeln darin: die Weltpolitik im Jahre 1907, die internationale Wirtschaftspolitik, die landwirtschaftliche und Rohstoffproduktion, Geld und Kredit, den Welthandel und Weltverkehr (Eisenbahnen, Schifffahrt, Post und Telegraphie), Versicherungswesen, Fortschritte der chemischen Technik im Jahre 1907 (das bestellte Manuskript über mechanische Technik ist nicht geliefert worden), Armenwesen, Wirtschaftsrecht und Sozialpolitik. Das größte Interesse wird die sehr eingehende Darstellung der merkwürdigen Geldverhältnisse des Jahres 1907, der Bankkonzentration und der amerikanischen Krisis erregen. Man erfährt unter anderm, daß sich die Verbindlichkeiten der im Jahre 1907 in Konkurs geratenen Banken der Vereinigten Staaten auf 233 325 972 Dollars belaufen haben. Der Verfasser, Dr. P. Wallich in Paris, bemerkt dazu: „Wittre Fronte liegt darin, daß Trustkompagnien, d. h. Treuhandgesellschaften, in die Macht-sphäre gewissenloser Spekulanten gerückt und nicht mehr imstande waren, die ihnen anvertrauten Gelder auszusahlen.“ Sehr interessant ist auch der Bericht über die Goldproduktion in Transvaal, die trotz allen aus der Arbeiterfrage entstandenen Schwierigkeiten wieder flott im Gange war und die aller übrigen Länder überflügelt hat. In den übrigen Gold liefernden Ländern, nur Mexiko ausgenommen, sank die Ausbeute; die Steigerung der Gesamtausbeute ist allein dem Rand zu verdanken. Es haben im Jahre 1907 geliefert: Transvaal 7 535 000, Kanada 4 335 000, die Vereinigten Staaten genau ebensoviel (?), Australien 3 619 000, Rußland 900 000, Mexiko 925 000, alle übrigen Länder zusammen 1 860 000 Unzen.

C. J.

Das Lebensbild einer Verkannten. Von Friedrichs des Großen Gemahlin Elisabeth Christine haben wir bis jetzt nur eine aus dem Jahre 1848 stammende, von F. v. Hahnke verfaßte Biographie. Alle kleinern Lebensbeschreibungen und Skizzen, z. B. die von Kirchner in dem Werk „Die Churfürstinnen und Königinnen auf dem Throne der Hohenzollern“ (1870), beruhen auf Hahnkes Arbeit, der dazu die im Berliner Königlichen Hausarchiv liegende Korrespondenz der Königin mit ihrem Gemahl und ihren Verwandten benutzte hat. Die Briefe Elisabeth Christinens, die sie an ihren Bruder, den Herzog Karl von Braunschweig, schrieb, und die

manchen neuen Zug zu ihrem Charakterbilde geben, sind erst jetzt im Landesarchiv zu Wolfenbüttel der Forschung eröffnet worden, und Eufemia von Adlersfeld-Balleström hat sich der Arbeit unterzogen, diese Quellen für eine neue Biographie zu benutzen, die unter dem Titel erschienen ist: Elisabeth Christine, Königin von Preußen, Herzogin von Braunschweig-Lüneburg. Das Lebensbild einer Verkannten. Nach Quellen bearbeitet unter Verwendung zum Teil unbenutzten Materials aus dem Braunschweigischen Landesarchiv zu Wolfenbüttel. Mit einem Titelbilde. Berlin, Verlagsbuchhandlung von Alfred Schall, 1908.

Die Verfasserin hat sich bemüht, das wenig günstige Bild, das die Geschichtsschreiber von dieser Königin zu entwerfen pflegen, wesentlich zu korrigieren und ihr die im Leben verjagt gewesene Gerechtigkeit im vollen Maße widerfahren zu lassen. Elisabeth Christines Schicksal war trotz ihrer hohen Stellung oder richtiger wegen ihrer hohen Stellung neben einem Fürsten wie Friedrich dem Zweiten beklagenswert; sie war das Opfer einer kurzsichtigen Kabinettpolitik, aber auch eines tiefen Grolls und einer heftigen Reaktion, die der rücksichtslose Eigensinn Friedrich Wilhelms des Ersten in seiner Familie, namentlich bei seiner Gemahlin Sophie Dorothea, seiner Tochter Amalia und am schärfsten bei seinem Sohne Fritz hervorrufen mußte. Der König preist die braunschweigische Prinzessin dem Sohne mit den Worten an: „Sie ist ein gottesfürchtiges Mensch und dieses ist alles und comfortable sowohl mit Euch als mit den Schwiegereltern. Gott gebe seinen Segen dazu und segne Euch und Eure Nachfolger.“ Der Kronprinz wußte aus böser Erfahrung, daß er dem Vater auch in dieser Angelegenheit nicht widersprechen dürfe, und willigte ihm gegenüber ein. Aber im Geheimen wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diese Vergewaltigung abzuwenden. Der Sohn kochte vor Wut: „Ich möchte lieber, schreibt er in einem Briefe, das gemeinste Weibstück von ganz Berlin haben, als eine Betschwester mit einem Gesicht wie ein halbes Duzend Mucker zusammengenommen.“ Noch vierundzwanzig Stunden vor der angeetzten Hochzeit erschien aus Wien Graf Seckendorff und überbrachte den Vorschlag Kaiser Karls des Sechsten, die Verlobung des Kronprinzen aufzulösen und ihn mit der zweiten Tochter des englischen Königs Georgs des Zweiten zu verbinden. Aber Friedrich Wilhelm der Erste geriet über diese Einmischung in heftigen Zorn: er würde sich durch keine Vorteile der Welt bewegen lassen, seiner Ehre und Parole einen solchen Schandfleck anzuhängen.

Freilich im Interesse der Prinzessin Elisabeth Christine und auch wohl im Interesse Preußens wäre es besser gewesen, wenn die Braunschweiger unter diesen Umständen auf die Eheschließung verzichtet hätten, aber man hoffte wohl, die Zeit würde alle Gegensätze ausgleichen. Das geschah leider nicht; im Gegenteil, das Leben der Kronprinzessin und spätern Königin wurde am preußischen Hofe zu einem Martyrium. Dadurch, daß sie alle Zurücksetzungen, Kränkungen und Beleidigungen willenlos hinnahm und sich immer wieder sklavisch vor ihrem gnädigen Herrn beugte, statt auch dem königlichen Gemahl gegenüber ihre Stellung entschieden zu wahren und den König für sein zuweilen beleidigendes Verhalten mutig zur Rechenschaft zu ziehen, verschlimmerte sie ihre Lage immer mehr; sie gewinnt durch diese Schwäche auch nicht unsre Sympathien. Liselotte von der Pfalz kam in ähnliche Verhältnisse hinein; aber mit welcher Charakterstärke, mit welchem Mut und welcher Würde hat sie ihre Persönlichkeit durchgesetzt! Nur eine Frau von solchem Charakter und Geist hätte Friedrich dem Zweiten imponieren können. Der König zählte seine Gemahlin tatsächlich nicht zu seiner Familie. Als er aus dem Siebenjährigen Kriege heimkehrte, umarmte er alle seine Verwandten, aber seiner Gemahlin machte er nur eine Verbeugung mit den Worten: „Madame sind korpulenter geworden.“ Er konnte noch roher sein: zu einem Diner, das Friedrich seiner Schwester Ulrike,

der Königin von Schweden, gab, war auch Elisabeth Christine erschienen. C'est ma vieille vache, sagte er zur Schwester, que vous connaissez déjà.

Man kann der Verfasserin nicht ganz widersprechen, wenn sie an einer Stelle sagt: „Man pflegt Friedrich Wilhelm den Zweiten für die Sittenlosigkeit seines Hofes verantwortlich zu machen, aber mit Unrecht. Den Grund dazu hat das Eheleben Friedrichs des Zweiten gelegt; indem er seine Gemahlin von dem Familienleben ausschloß, untergrub er die Basis der Familie: die Achtung vor der Frau. Das Beispiel, welches er gab, begann sehr bald gewaltig um sich zu greifen, und der erste, der ihm darin folgte, war des Prinzen eigener Bruder, der Prinz von Preußen, der seine Gemahlin in jeder Weise vernachlässigte. Andre ahmten ihm darin nach, und so griff der Sumpf um sich, denn die Frauen zögerten nicht, dem Beispiel ihrer Männer Folge zu leisten.“

Zu dem Mangel an Mut und Willenskraft, der den Charakter Elisabeth Christines beherrscht, kommen noch ihre einseitigen geistigen Anlagen. Aber so beschränkt und dumm, wie sie in den Briefen der Hofgesellschaft, besonders durch Friedrichs eigne Mutter, geschildert wird, kann sie doch nicht gewesen sein. Jedenfalls hat sie sich redlich bemüht, die Lücken ihrer unzulänglichen Bildung auszufüllen. Davon legen nicht nur die Briefe an ihren Bruder Karl ein deutliches Zeugnis ab, sondern auch die zahlreichen im Druck erschienenen Übersetzungen aus dem Deutschen ins Französische, z. B. die Übersetzung von Gellerts geistlichen Oden und Liedern und von dessen moralischen Vorlesungen. Da sie aber weder die deutsche noch die französische Sprache vollkommen beherrschte, ist die Annahme wohl berechtigt, daß sie bei ihren literarischen Arbeiten die Hilfe anderer stark in Anspruch genommen hat. — Wenn wir auch der Verfasserin dieser neuen Biographie in ihren ausgesprochenen Sympathien für die Gemahlin Friedrichs des Großen nicht ganz folgen können, so begrüßen wir diese Publikation doch als neuen wertvollen Beitrag zur Geschichte der friederizianischen Zeit. Die Ausstattung des Buches ist musterhaft.

E. G.

Neue Übersetzungen. Es wird in Deutschland, und nicht mit Unrecht, seit längerer Zeit darüber geklagt, daß viel zu viel übersetzt wird. Von manchem mittelmäßigen Werk des Auslands erhalten wir eine deutsche Bearbeitung nach der andern, von jedem durch eine Mode emporgetragenen Neuling möglicherweise gleich die gesammelten Werke. Dem gegenüber ist es erfreulich, wenn alte klassische Schriften in neuem deutschem Gewande vorgelegt werden. So bringt der Verlag von Wiegandt & Griepen (G. R. Sarasin) in Berlin drei Flaggenwerke der französischen Literatur in guten Übersetzungen neu heraus. Zunächst den ersten Band der „Versuche“ von Michel de Montaigne, übertragen von Wilhelm Vollgraff; dann die „Bekanntnisse“ von Jean Jacques Rousseau, übersetzt von Ernst Hardt; endlich einen Band Erzählungen von Voltaire, ebenfalls von dem Dichter Ernst Hardt übertragen. Über die Werke von Montaigne und Rousseau, von denen das zweite eine vollständige Wiedergabe des Originals ist, braucht neues nicht gesagt zu werden. Hervorgehoben sei aber die Ausstattung, für Rousseau ein schöner Lederband mit ganz dünnem satiniertem Papier im bequemen Taschenformat, klar in einer dünnen Antiqua gedruckt, für Montaigne ein großes Bibliothekformat mit dicker Antiqua auf starkem Papier; beide Bände sind mit vortrefflichen Bildern der Verfasser geschmückt. Voltaires Erzählungen, äußerlich ebenfalls gut ausgestattet und mit dem Bildnis Voltaires von Latour versehen, bieten aber etwas wie eine Überraschung. Denn sie wirken, in dieser Zusammenstellung kaum in Deutschland veröffentlicht, wie völlig neu. Ihre feingeschliffne Satire, die dabei (der Ausdruck sei gestattet) wie aus dem Ärmel geschüttelt erscheint, gewährt immer neuen Genuß,

das Buch ist überall geistreich, frisch, lebendig und weist deutlich die Fäden, die von dem herrschenden Schriftsteller des achtzehnten Jahrhunderts in die französische Revolution, ja bis nahe an unsre Tage herangehn. Eine kalte Kunst, aber eine nicht nur für ihre Zeit interessante, wie es Ernst Hardt in der etwas zu knappen Einleitung richtig andeutet. Man sieht in die Werkstatt eines reichen, wenn auch kühlen Geistes, den wir als fremd, als nicht unsers Geblüts zu empfinden nicht aufhören, der aber immer wieder fesselt durch seine Klugheit, seinen Witz, seine Kunst, das Letzte in einer Form zu sagen, die vielleicht nicht nur den Zeitgenossen, sondern auf lange hinaus noch den Nachkommen Rätsel aufgab, und hinter deren Gewand wir mit dem Vergnügen von nicht mehr voll beteiligten Zuschauern eine uns fremde und uns kaum liebenswerte, aber doch eigenartige und immer wieder anregende Größe empfinden. — Alle drei Bücher seien aufs beste empfohlen. H. S.

### Bur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 2. Vierteljahr ihres 68. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 6 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnellig zu erneuern.

Unsre Leser machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die Grenzboten regelmäßig jeden Donnerstag erscheinen. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung, besonders beim Quartalwechsel, vorkommen, so bitten wir dringend, uns dies sofort mitzuteilen, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Leipzig, im März 1909

Die Verlagshandlung

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

## DIE KULTUR DER GEGENWART

IHRE ENTWICKLUNG UND IHRE ZIELE  
HERAUSGEGEBEN von Prof. PAUL HINNEBERG.

Soeben erschien:

### ALLGEMEINE GESCHICHTE DER PHILOSOPHIE

bearbeitet von H. v. Arnim, Cl. Baeumker, J. Goldziher, W. Grube,

□ Inouye, H. Oldenberg, W. Windelband und W. Wundt □

25 Bogen Lex.-8. 1909. Geh. Mark 10.—, in Leinwand geb. Mark 12.—.

In 2., durchgesehener Auflage liegt vor:

### SYSTEMATISCHE PHILOSOPHIE

bearbeitet von W. Dilthey, H. Ebbinghaus, R. Eucken, Th. Lipps,

W. Münch, W. Ostwald, Fr. Paulsen, A. Riehl und W. Wundt

27 Bogen Lex.-8. 1908. Geh. Mark 10.—, in Leinwand geb. Mark 12.—.

**Probeheft u. Spezial-Prospekte** über die einzelnen Abteilungen (mit Auszug aus dem Vorwort des Herausgebers, der Inhaltsübersicht des Gesamtwerkes, dem Autorenverzeichnis und mit Probestücken aus dem Werke) auf Wunsch umsonst und postfrei vom Verlag B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.





G. HURRELMAYER  
BUCHBINDEEI  
PAPIERHANDLUNG  
SCHILLERSTR. 21